

Sitzungsperiode 2025-2026
Sitzung des Ausschusses II vom 8. September 2026

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 439 von Herrn TELLER (CSP) an Minister FRECHES zu den Auswirkungen des Vennbrands auf den Tourismus in Ostbelgien**

Der Brand im Hohen Venn hat in den vergangenen Wochen nicht nur erhebliche Schäden an einem der bedeutendsten Naturgebiete unserer Region verursacht, sondern wirkt sich zunehmend auch auf den Tourismus und die damit verbundenen Wirtschaftszweige aus.

Das Hohe Venn gehört zu den touristischen Aushängeschildern Ostbelgiens und zieht jedes Jahr zahlreiche Tagesgäste und Urlauber an. Infolge des Brandes mussten Teile des Gebietes gesperrt werden. Gleichzeitig haben die Bilder der Brände und die Berichterstattung über die Situation offenbar dazu geführt, dass auch Gebiete und touristische Angebote gemieden werden, die vom Brand nicht unmittelbar betroffen und weiterhin zugänglich sind.

Nach Angaben der Tourismusagentur Ostbelgien kam es insbesondere in den ersten Tagen nach Ausbruch des Brandes zu zahlreichen Stornierungen. Hotels, Campingplätze, Gastronomiebetriebe und andere touristische Anbieter berichten teilweise von erheblichen Umsatz- und Buchungsrückgängen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich bei potenziellen Gästen längerfristig der Eindruck festsetzt, das Hohe Venn beziehungsweise Ostbelgien insgesamt sei derzeit nur eingeschränkt als Reiseziel geeignet.

Die Tourismusagentur Ostbelgien hat bereits erste Maßnahmen ergriffen. Neben einer angepassten Kommunikation sollen unter anderem alternative Wanderstrecken stärker beworben werden. Dabei wird darauf hingewiesen, dass große Teile des touristischen Angebots der Region weiterhin uneingeschränkt zugänglich sind. Angesichts der Bedeutung des Tourismus für zahlreiche Betriebe in Ostbelgien stellt sich jedoch die Frage, welche weiteren Maßnahmen seitens der Regierung vorgesehen sind, um die kurzfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen abzufedern und mittel- und langfristig das Vertrauen der Gäste in die Destination Ostbelgien wieder zu stärken.

Dazu meine Fragen an die Regierung:

1. Wie bewertet die Regierung die aktuelle Situation des Tourismussektors infolge des Vennbrands?
2. Welche konkreten Maßnahmen werden seitens der Regierung und in Zusammenarbeit mit der Tourismusagentur Ostbelgien ergriffen, um den negativen Auswirkungen des Vennbrands auf den Tourismus entgegenzuwirken?
3. Welche Strategie verfolgt die Regierung, um das touristische Image des Hohen Venns und Ostbelgiens nach dem Brand wieder zu stärken?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

- **Frage Nr. 440 von Herrn KLINKENBERG (SP) an Minister FRECHES zu den wirtschaftlichen Folgen des Brandes im Hohen Venn für den Tourismussektor in Ostbelgien**

Der Brand im Hohen Venn hat nicht nur erhebliche Schäden im betroffenen Naturgebiet verursacht und einen umfangreichen Einsatz der Rettungs- und Sicherheitsdienste erforderlich gemacht. Er hat zugleich zahlreiche touristische Betriebe in der Region vor große organisatorische und wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. So mussten am Wochenende des Brandes insgesamt 54 Beherbergungsbetriebe evakuiert werden. Weitere Betriebe waren durch Straßensperrungen, Zugangsbeschränkungen oder die allgemeine Unsicherheit unmittelbar oder mittelbar in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt.

Die Auswirkungen blieben dabei offenbar nicht auf die direkt vom Brand betroffenen Gebiete beschränkt. Auch Beherbergungs- und Tourismusbetriebe in sicheren und weiterhin zugänglichen Teilen Ostbelgiens meldeten Stornierungen und einen Rückgang der Nachfrage. Nach Medienberichten waren entsprechende Auswirkungen sogar in Regionen festzustellen, die weit vom eigentlichen Brandgebiet entfernt liegen. Damit besteht die Gefahr, dass aus einem räumlich begrenzten Ereignis ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden für die gesamte touristische Destination Ostbelgien entsteht.

Gemeinsam mit der wallonischen Tourismusministerin kündigten Sie deshalb eine Bestandsaufnahme, abgestimmte Informationen durch VISITWallonia und die Tourismusagentur Ostbelgien sowie Beratungsangebote für die betroffenen Betriebe an.

Sie erklärten in diesem Zusammenhang, man werde nicht zulassen, dass der Brand eine ganze Tourismussaison mit sich reiße. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche konkreten Ergebnisse und Maßnahmen den bisherigen Ankündigungen inzwischen gefolgt sind.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Welche Ergebnisse liegen inzwischen aus der angekündigten Bestandsaufnahme vor?
2. Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen?
3. Welche längerfristigen Maßnahmen plant die Regierung, um mögliche negative Auswirkungen auf die gesamte Tourismussaison in Ostbelgien zu begrenzen?

- **Frage Nr. 441 von Frau MESSERICH (ProDG) an Minister FRECHES zu den Aufgaben der Tourismusagentur Ostbelgien während und nach der Brandkatastrophe im Hohen Venn**

Die verheerende Brandkatastrophe im Hohen Venn hat auch uns Ostbelgiern vor Augen geführt, wie verwundbar unsere Naturschätze sind. Wie Aves-Sprecher Gerhard Reuter in einem Grenz-Echo-Pressebericht zurecht behauptete, besitzt das Hohe Venn nicht nur ökologisch, sondern auch lokalgeschichtlich, kulturell und touristisch eine herausragende Bedeutung.

Damit Besucherinnen und Besucher diese einzigartige Landschaft bestaunen können, hat die Tourismusagentur Ostbelgien in den vergangenen Jahren zahlreiche Modelle entworfen, um einerseits diese wertvolle Landschaft des Hohen Venns zu schützen und andererseits genau diese dem Besucher zugänglich zu machen.

Für die Besucher, die während der Brandkatastrophe hier in Ostbelgien ihren Urlaub verbrachten und für künftige Besucher, ist ein Informationsfluss, wo Einsatzkräfte keinesfalls gehindert werden dürfen oder wann welche Gebiete, bzw. Wander- oder Radwege wieder geöffnet haben, unabdinglich.

Dessen sind wir uns bewusst: Aufgrund dieses einzigartigen Naturreservats gibt es zahlreiche Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Existenz, sei es durch Hotel-Restaurants, Ferienunterkünfte usw. aufgebaut und in den letzten Jahren, insbesondere während der Corona-Krise, weiterentwickelt haben. Somit betrifft dieses schlimme Ereignis auch zahlreiche Arbeitsplätze.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Aufgabe konnte die Tourismusagentur Ostbelgien in den beiden letzten Wochen insbesondere für Horeca- und Gastbetriebe übernehmen?
2. Wie konnte die Tourismusagentur die Venn-Besucher wirksam erreichen, um sicherzustellen, dass kein Katastrophen-Tourismus unsere Gegend beherrscht?
3. Wie konnte die TAO dazu beitragen, dass keine Lockdown-ähnlichen Zustände für die Gastbetriebe entstehen?

• **Frage Nr. 442 von Herrn KLINKENBERG (SP) an Minister FRECHES zu den Campingplätzen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Ihren Veröffentlichungen in den sozialen Medien war in den vergangenen Wochen zu entnehmen, dass Sie mehrere Campingplätze in Ostbelgien besucht haben. Gerade im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe im Hohen Venn wurde Ihnen offenbar deutlich, welche Bedeutung auch diese Betriebe für den Tourismus und die regionale Wirtschaft haben.

Gleichzeitig steht der Campingsektor, wie viele andere Bereiche des Tourismus, vor verschiedenen Herausforderungen. Neben steigenden Betriebskosten und dem Bedarf an Investitionen stellen sich auch Fragen zur Modernisierung der Anlagen, zur Qualität des touristischen Angebots und zur langfristigen Sicherung dieser Betriebe.

Vor dem Hintergrund Ihrer Besuche möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Wie hat sich die Zahl der Campingplätze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den vergangenen 20 Jahren entwickelt?
2. Welche konkreten Fördermöglichkeiten bietet die Deutschsprachige Gemeinschaft den Campingplatzbetreibern zur Unterstützung?
3. Stellen die bestehenden raumordnerischen Bestimmungen derzeit ein Hindernis für die Erweiterung oder Modernisierung von Campingplätzen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dar?

• **Frage Nr. 443 von Frau ELSEN (ProDG) an Minister FRECHES zu 50 Jahre RDJ**

Der Rat der deutschsprachigen Jugend feierte am vergangenen Wochenende sein 50-jähriges Bestehen. Seit fünf Jahrzehnten vertritt der RDJ die Interessen junger Menschen in Ostbelgien und fungiert als Bindeglied zwischen Jugend und Politik.

Dabei ist der RDJ weit mehr als ein beratendes Gremium. Er organisiert konkrete Projekte, bildet ehrenamtliche Jugendleiter aus, bringt junge Menschen mit Politik in Kontakt und vertritt die Stimme der ostbelgischen Jugend in verschiedenen Gremien.

Wir können mit Recht festhalten, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft über eine starke und vielfältige Jugendlandschaft verfügt. Dennoch muss es uns beschäftigen, wie wir die Stimme junger Menschen auch in Zukunft in politische Entscheidungen einbeziehen.

Gerade mit Blick auf den bevorstehenden Jugendbericht und die Ausarbeitung des nächsten Jugendstrategieplans stellt sich die Frage, wie der RDJ und junge Menschen insgesamt in diesen Prozess eingebunden werden und wie aus Beteiligung auch tatsächlich politische Wirkung entsteht.

Diesbezüglich lauten meine Fragen an Sie Herr Minister

1. Wie sollte sich die Rolle des RDJ als Sprachrohr der ostbelgischen Jugend aus Sicht der Regierung idealerweise weiterentwickeln?
2. In welchen Phasen wird der RDJ im Prozess des Jugendberichts als Grundlage des nächsten Jugendstrategieplans einbezogen?

• **Frage Nr. 444 von Herrn CREMER (ProDG) an Minister FRECHES bezüglich der verspäteten Auszahlung von Provinz-Zuschüssen**

Solange die Provinz Lüttich auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse ausübt, wird die Kooperation zwischen beiden Ebenen durch ein Zusammenarbeitsabkommen geregelt.

Auf der Grundlage dieses Kooperationsabkommens hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Juli 2022 ein Konzept genehmigt, das die Auszahlungsmodalitäten der von der Provinz gewährten Dotation näher präzisiert.

Zu den Nutznießern dieses Abkommens gehören auch viele Einrichtungen aus den Bereichen Kultur, Sport, Medien, Jugend und Tourismus.

Von verschiedenen Akteuren aus diesen Bereichen wurde mir vor der parlamentarischen Sommerpause zugetragen, dass es in diesem Jahr eine erhebliche Verzögerung bei der Auszahlung dieser Provinz-Zuschüsse gibt.

Daher meine Fragen an Sie, Herr Minister Freches:

1. Können Sie bestätigen, dass es im laufenden Jahr Schwierigkeiten, beziehungsweise Verzögerungen bei der Auszahlung der Dotation seitens der Provinz Lüttich gegeben hat?
2. Wenn diese Feststellung zutrifft, worauf sind diese Verzögerungen zurückzuführen?
3. Welche Schritte wird die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unternehmen, um die Auszahlung der von der Provinz Lüttich für die Deutschsprachige Gemeinschaft vertraglich gewährten Dotation sicherzustellen?

• **Frage Nr. 445 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRECHES zum EU-Jugenddialog**

Im Rahmen des 11. Zyklus des EU-Jugenddialogs wurden auf Grundlage von Jugendkonferenzen und Umfragen Empfehlungen erarbeitet, die anschließend in einer Entschließung des Rates der Europäischen Union festgehalten wurden. Die DG, hat über den RDJ auch an diesem Jugenddialog teilgenommen. Darin wird unter anderem gefordert, das Vertrauen junger Menschen in die Europäische Union zu stärken, indem sie stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, politische Bildung als eigenständiges Pflichtfach verankert wird und die Medienkompetenz junger Menschen gezielt gefördert wird.

Darüber hinaus wird betont, dass Jugendliche ihre Perspektiven auch nachvollziehbar in politische Entscheidungen einbringen sollen. Hierzu sollen verbindliche Beteiligungsstandards sowie transparente Rückmeldemechanismen geschaffen werden.

Auch der Rat der Deutschsprachigen Jugend (RDJ) hat sich mit diesen Empfehlungen befasst und appelliert an die politischen Entscheidungsträger in Ostbelgien, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf regionaler Ebene umzusetzen. Dabei verweist der RDJ insbesondere auf

zwei Anliegen: die Einführung eines eigenständigen Pflichtfaches „Politische Bildung“ ab dem ersten Sekundarschuljahr mit einem eigenen Rahmenplan sowie eine systematischere Berücksichtigung und Rückmeldung zu den Beiträgen junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen, beispielsweise nach dem Vorbild des Bürgerdialogs.

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Fragen an die Regierung:

1. Wie bewertet die Regierung die vom 11. Zyklus des EU-Jugenddialogs abgeleiteten Forderungen des RDJ?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Regierung, um die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen weiter zu stärken?
3. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Rückmeldungen junger Menschen nachvollziehbar in politische Entscheidungsprozesse einfließen?

• **Frage Nr. 446 von Herrn KLINKENBERG (SP) an Minister FRECHES zu einer einheitlichen Regelung der Übernachtungssteuer in Ostbelgien**

Die Gemeinde Büllingen plant, ihr bisheriges System der Bettensteuer ab dem Jahr 2027 durch eine Übernachtungssteuer in Höhe von 2,50 Euro pro Person und Nacht zu ersetzen. Während zahlreiche Beherbergungsbetriebe einen grundsätzlichen Beitrag zur Finanzierung touristischer Aufgaben offenbar nicht infrage stellen, kritisieren sie insbesondere die Höhe der vorgesehenen Abgabe sowie das Vorgehen der Gemeinde.

Die Erhebung kommunaler Steuern fällt selbstverständlich in die Autonomie und Verantwortung der jeweiligen Gemeinde. Dennoch kann eine unterschiedlich ausgestaltete Übernachtungssteuer Auswirkungen haben, die über die Grenzen einer einzelnen Gemeinde hinausgehen. Abweichende Steuersätze und Regelungen können zu Wettbewerbsunterschieden zwischen benachbarten Betrieben führen, den Verwaltungsaufwand erhöhen und die gemeinsame Vermarktung Ostbelgiens als einheitliche Tourismusregion erschweren.

Zugleich stellt sich die grundsätzliche Frage, ob und in welchem Umfang die Einnahmen aus einer solchen Abgabe wieder in touristische Angebote, Infrastrukturen und die Vermarktung der Region investiert werden sollten. Als für den Tourismus zuständiger Minister tragen Sie Mitverantwortung für die Rahmenbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismussektors in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Wie bewerten Sie aus tourismuspolitischer Sicht die geplante Einführung einer Übernachtungssteuer von 2,50 Euro pro Person/Nacht in der Gemeinde Büllingen?
2. Welche Auswirkungen erwarten Sie auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Beherbergungsbetriebe?
3. Sehen Sie die Gefahr, dass unterschiedliche kommunale Regelungen zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Tourismusregion Ostbelgien führen könnten?

• **Frage Nr. 447 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister FRECHES zur prekären Finanzlage und Prioritätensetzung beim Tierheim Eupen**

Wenn man die aktuellen Berichte aus Eupen hört, reibt man sich fassungslos die Augen. Auf der einen Seite schlägt das Eupener Tierheim dramatisch Alarm: Es fehlen erhebliche Mittel in der Kasse, ein Drittel der Tierpfleger musste bereits entlassen werden, und die Bevölkerung wird permanent um Spenden für Futter und Tierärzte gebeten.¹² Doch wenn hilfsbereite Bürger aus unserer Region unentgeltlich mitanpacken wollen, stoßen sie auf Hürden

¹ https://brf.be/regional/2076246/?utm_1_source=chatgpt.com.

² https://www.facebook.com/Tierheim.Eupen/posts/-unsere-mittel-sind-ersch%C3%B6pft-warum-wir-ihre-hilfe-jetzt-brauchen-das-tierheim-e/1351631820345484/?utm_source=chatgpt.com.

wie eine verpflichtende Fördermitgliedschaft oder auf scheinbar lange Wartelisten. Das Tierheim selbst begründete dies in der Vergangenheit mit dem hohen zeitlichen Aufwand für die Einarbeitung und einer angeblich mangelnden Verbindlichkeit ehrenamtlicher Helfer.

Gleichzeitig schaltet das Tierheim jedoch zusammen mit der Frauenliga und der Organisation „Miteinander Teilen“ Anzeigen, um ein großes Haus in Eupen anzumieten.³ Der Zweck: Es sollen volljährige junge Erwachsene aus dem EU-Ausland im Rahmen des „Europäischen Solidaritätskorps“ (ESK) nach Ostbelgien geholt werden. Für dieses Projekt treten die beteiligten Vereine gemeinschaftlich als rechtliche Hauptmieter auf und übernehmen damit eine direkte vertragliche Mithaftung für dieses Mietobjekt.

Es entsteht der Eindruck, dass die Vereinsführung hier administrative und organisatorische Kapazitäten primär in die Betreuung und Unterbringung von Personal investiert, anstatt die begrenzten Mittel direkt für das Wohl und die Versorgung der Tiere einzusetzen. Zwar fließen vertragliche Gelder der Gemeinden, Zuschüsse der Wallonischen Region sowie die 1000 € Funktionszuschuss der DG, dennoch scheint die finanzielle Lage des Tierheims prekär.⁴⁵ Als Politik sind wir zwar nicht für den operativen Betrieb zuständig, wohl aber für die verantwortungsvolle Verwendung öffentlicher Gelder. Da auch EU-Fördergelder letztlich nichts anderes als die hart erarbeiteten Steuergelder unserer Bürger sind, muss Transparenz darüber herrschen, ob hier das Tierwohl oder die Aufrechterhaltung eines aufwendigen Personalapparates im Vordergrund steht.

Unsere Fragen lauten daher:

1. Wie bewertet die Regierung die Prioritätensetzung des Tierheim-Managements, das einerseits den hohen Einarbeitungsaufwand für einheimische Ehrenamtliche beklagt, gleichzeitig aber erhebliche administrative Ressourcen aufwendet, um internationale Austauschprogramme (ESK) zu organisieren und zu verwalten?
2. Inwieweit ist es aus Sicht der Regierung als Subventionsgeber für die Infrastruktur vertretbar, dass ein Verein in einer akuten finanziellen Existenzkrise durch die gemeinschaftliche Anmietung eines WG-Hauses rechtliche und mietvertragliche Verpflichtungen und somit potenzielle finanzielle Haftungsrisiken eingeht?
3. Wie beurteilt die Regierung den Nutzen des bürokratisch und organisatorisch aufwendigen ESK-Programms für das Tierheim Eupen, wenn die Betreuung internationaler Freiwilliger Management-Ressourcen bindet ?

• **Frage Nr. 448 von Herrn HOFFMANN (VIVANT) an Minister FRECHES zum Umgang mit der Brandgefahr im Hohen Venn**

Der Brand im Hohen Venn hat erhebliche Schäden verursacht. Dem Brand war eine außergewöhnlich lange Trockenperiode vorausgegangen. Die damit verbundene hohe Brandgefahr in diesem besonders empfindlichen Naturgebiet war somit absehbar.

Umso mehr fällt auf, dass trotz dieser Situation offenbar keine roten Warnflaggen ausgehängt waren. Auch eine vorsorgliche Sperrung des Gebietes erfolgte nicht.

Zuständig hierfür ist die Forstverwaltung der Wallonischen Region. Diese Fragen stellen sich unabhängig von der tatsächlichen Brandursache. Entscheidend ist aus unserer Sicht, ob angesichts der außergewöhnlich langen Trockenheit alle notwendigen Maßnahmen getroffen wurden, um das Brandrisiko möglichst gering zu halten.

³ <https://www.facebook.com/groups/eupenhilft/posts/1702078510993156/>.

⁴ <https://www.tierheim-eupen.be/ausbildung?>.

⁵ https://2aaed657-3cc2-48be-977e-ebec259f97c.filesusr.com/ugd/18d3c3_a9014db921d64c38ad1a8da292840b9c.pdf.

Nach dem Brand äußerte sich Minister Freches vor allem besorgt über die wirtschaftlichen Folgen für den Tourismus. Besonders deutlich warnte er vor Stornierungen. Seine Aussagen zeigen aus meiner Sicht, wie kritisch er Einschränkungen oder Schließungen des Venns gegenübersteht, sobald diese Auswirkungen auf den Tourismus haben könnten. Gerade deshalb stellt sich die berechnigte Frage, welche Haltung der Tourismusminister bereits vor dem Brand zu möglichen Einschränkungen im Hohen Venn vertreten hat.

Da Sie sich mehrfach öffentlich zu den Geschehnissen geäußert haben, hierzu meine Fragen:

1. Welche Kenntnis hatte Ihr Ministerium vor dem Brand über die erhöhte Brandgefahr im Hohen Venn?
2. Welche Haltung vertrat Ihr Ministerium angesichts der Brandgefahr zu möglichen Einschränkungen für Touristen?
3. Welche Konsequenzen ziehen Sie als Tourismusminister für künftige Perioden mit hoher Brandgefahr?